

Zeitschrift:	Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber:	Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band:	92 (1998)
Heft:	3
Rubrik:	Zeichen der Zeit : die politischen Kosten wirtschaftlicher Hysterie

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeichen der Zeit

Die politischen Kosten wirtschaftlicher Hysterie

«Die wirtschaftlichen Kosten politischer Hysterie», so lautet der Titel einer neoliberalen Polemik, die dieses «Zeichen der Zeit» zu einer Entgegnung unter abgewandelter Überschrift veranlasst. Titel und Pamphlet stammen von Prof. Kurt Schiltknecht, seines Zeichens Mitglied des Verwaltungsrates von Martin Ebners BZ Bank und ökonomischer Berater von Christoph Blocher. Es handelt sich um «Ausführungen anlässlich der Pressekonferenz der BZ Bank vom 16. Januar 1998», die von der Aktiengesellschaft gleichen Namens in Broschürenform herausgegeben wurden. Das geneigte Publikum erfährt, dass an der Sitzverlegung der BZ Bank von der Stadt Zürich in das steuergünstige Freienbach nichts auszusetzen sei. Kritik an dieser Steuerumgehung wird als «geheuchelte Entrüstung» abgetan, vorgebracht von unfähigen Politikern, die einen «Sündenbock» suchten, um von ihrem eigenen Versagen abzulenken. Das Pamphlet wäre die Auseinandersetzung nicht wert, gäbe es nicht einen ernst zu nehmenden Hinweis auf die Ideologie, die hinter dem Ebner-Imperium und dem Treiben seiner Funktionäre steht – und wäre der Name «Ebner» nicht gleichbedeutend mit jenem skrupellosen Neoliberalismus, der in immer mehr Chefetagen sich breitmacht.

Private vices – public benefits

Ebner und seine Apologeten wähnen sich auf dem Pfad der Tugend, wenn sie nichts anderes im Sinne haben als die reine *Gewinnmaximierung*. Sie meinen, der Markt funktioniere durch den Wettlauf um die höchste Profitrate, nicht durch Solidarität. Aber den Vorwurf unsolidarischen Verhaltens weisen sie weit von sich. Es gibt für

sie kein Gemeinwohl, das den Markt einschränken dürfte, denn der Markt selbst ist für sie das Gemeinwohl. Moralische Skrupel im Konkurrenzkampf wären daher nicht nur dem Markt, sondern auch dem Gemeinwohl abträglich. Kurz: Wer nichts anderes als sein Interesse am Shareholder value verfolgt, handelt moralisch. Dieser Glaube an den Markt, der letztlich immer das Gemeinwohl hervorbringt, wenn man ihn nur sich selbst überlässt, ist nicht neu; schon die «Bienenfabel» von Bernhard de Mandeville (gest. 1773) hat dem Markt eine wundersame Verwandlung des Egoismus in eine Tugend zugeschrieben und dafür die Formel gefunden: «Private vices – public benefits» (private Laster – öffentliche Wohltaten).

Auch Herr Schiltknecht weist *ethische Einschränkungen* unternehmerischen Handelns weit von sich. Einziges Ziel eines Unternehmens ist «die nachhaltige Steigerung der Gewinne». Eine Unternehmensethik, die «von volkswirtschaftlicher Verantwortung und von der Erfüllung übergeordneter gesellschaftspolitischer Ziele» spricht, führt in den Ruin. Als Beispiel nennt Schiltknecht «die Schliessung von Hunderten von Bankfilialen, verbunden mit der Entlassung von Tausenden von Mitarbeitern und einer Kapitalvernichtung von über fünfzig Milliarden Schweizer Franken».

Haltet den Dieb! Was ist es denn, was *Arbeitsplätze* vernichtet, wenn nicht der Tanz um den Shareholder value, der heute erst dann genügend maximiert ist, wenn die Eigenkapitalrendite mindestens 20 Prozent beträgt? Würden nicht auch 8 Prozent genügen? Wäre weniger nicht tatsächlich mehr? Weniger Profit, dafür mehr Arbeit? Und erst noch mehr Wettbewerb! Die Frage

nämlich, ob Gewinnmaximierung den Konzentrationsprozess nicht bis zu dem Punkt vorantreibt, wo von Wettbewerb nichts mehr übrigbleibt, wird von Ebner, Schiltknecht & Co. ausgeblendet.

Ist Gewinnmaximierung das höchste Ziel eines Unternehmens, so trägt es auch keine staatsbürgerliche Verantwortung. *Steuern sparen* scheint nicht weniger edel als Gewinn zu erzielen. Larmoyant klagt Schiltknecht über eine Politik, die sich erdreistet, von den Reichsten dieses Landes angemessene Steuern einzufordern: «Bürger, die sich einer höheren Steuerbelastung entgegenstellen, werden als unsozial, als unsolidarisch bezeichnet.» Dabei ist es für die neue Klasse der Geldhändler doch genau umgekehrt: Nur wer Gewinne maximiert und Steuern minimiert, handelt im Sinne der ökonomischen Vernunft. Und eine andere, gar ethische Vernunft gibt es nicht, sie wäre das Ende der unternehmerischen «Freiheit».

Der Spiess wird umgedreht. «*Verwerflich*» ist nicht das Verhalten der BZ Bank, die sich durch Steuerflucht der Verantwortung für das Gemeinwohl entzieht, «*verwerflich*» ist vielmehr die Kritik an diesem Verhalten. An derselben Medienorientierung, an der Schiltknecht seine Kritik an «populistischen Äusserungen zur Steuerpolitik» zum besten gab, hat auch der Präsident des Verwaltungsrates dieser Bank von einer «totalitären Rechtsperversion» gesprochen, wenn sogar der Bundesrat damit beginne, ein Verhalten zu verurteilen, das sich an das «geltende Gesetz» halte. Als ob alles moralisch gut wäre, was rechtlich nicht verboten ist! Als ob jede Steuerumgehung, nur weil sie den Buchstaben des Gesetzes nicht verletzt, schon moralisch gerechtfertigt wäre! Und als ob totalitäres Denken nicht auch damit beginnen könnte, dass unternehmerische Unmoral nicht mehr benannt werden dürfte!

Neoliberalismus oder «Sozialismus»

Von beinah rührender Einfalt ist das dualistische Weltbild des Herrn Schiltknecht. Wer seinen neoliberalen Ideen nicht folgt,

erliegt dem «süssen Gift des Sozialismus» und hat aus dem Scheitern der «sozialistischen Staatsgebilde des Ostens» nichts gelernt. Alles, was nicht dem neoliberalen *Laissez-faire* entspricht, gehört in denselben Topf: von der Zentralverwaltungswirtschaft der ehemals «sozialistischen» Staaten bis zur sozialen Marktwirtschaft, der sich zu Zeiten des Kalten Krieges auch das politische Bürgertum verpflichtet fühlte. Es gibt offenbar Leute, die meinen, mit dem Untergang des sog. Realsozialismus seien sie auch dem *sozialen Frieden* nichts mehr schuldig. Womit die «Sozialpartnerschaft» nur eine opportunistische Konzession gewesen wäre, um die arbeitenden Menschen bei der kapitalistischen Stange zu halten. Jetzt darf der Kapitalismus wieder sein wahres Gesicht zeigen und als «Sozialismus» diffamieren, was sich erlaubt, dem Markt Grenzen zu setzen und die Wirtschaft an ihre soziale Verantwortung zu erinnern. «Der Gürtel muss enger geschnallt werden», sagen dieselben, die aus allen Nähten platzen. Habgier ist gut, Teilen ist schädlich.

Weit gefehlt, meint der Chef-Ideologe des Ebner-Imperiums: «Populär, aber empirisch völlig unhaltbar ist die Behauptung, dass eine sich nicht am Sozialismus orientierende Wirtschaftspolitik die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer mache.» Bei soviel «Empirie» kann auch die Mär der «Umverteilung von Eigentum und Vermögen durch den Staat» nicht fehlen. Diese sei «noch nie so hoch» gewesen und gehe heute «weit über das hinaus, was für ein nachhaltiges Wachstum erträglich» sei. Sie werde «immer mehr ideologisch motiviert, mit sozialistischer oder religiöser Verbrämung». Und: «Der absolute Wahrheitsanspruch, der hinter der Forderung nach Gleichheit steckt, ersticket eine Diskussion bereits im Ansatz.»

Was immer Schiltknecht unter «Sozialismus» verstehen mag, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer zahlreicher werden, ist Realität, seit neoliberalen Rezepte der Gewinnmaximierung sich durchsetzen oder von den Finanzmärkten erzwungen werden. Die *Umverteilung* fin-

det tatsächlich statt, es ist in der Schweiz sogar eine gigantische Umverteilung im Gange, aber nicht die, von der in dieser Streitschrift für «eine Minderheit sogenannter Börsengewinnler» die Rede ist. Wenn Ebners BZ Trust im letzten Jahr 1,16 Mia. Franken einfahren konnte, wenn 1997 allein die 100 reichsten Familien 62 Milliarden Franken zulegen durften, wenn der Wert der börsenkotierten Aktien seit 1985 von 100 auf 720 Mia. Franken zunahm, dann ist das tatsächlich eine Umverteilung, aber nicht eine von oben nach unten, sondern von unten nach oben.

Und wer erhebt einen «*absoluten Wahrheitsanspruch*», wenn nicht die Neoliberalen vom Schlag eines Kurt Schiltknecht, deren einzige Wahrheit der totale Markt ist und deren einzige Politik die Globalisierungskeule, die sie zur Einschüchterung sozial denkender «Gutmenschen» schwingen? Zur neoliberalen Ideologie seit F.A. v. Hayek gehört auch die Kritik an einer Religion, die Gott noch von den Götzen, auch vom «Götzen Markt», unterscheidet. «Religiös verbrämt» nennt Schiltknecht, was in der Tradition prophetischer Kritik an der Mammonwirtschaft steht und ihr nicht als «Opium des Volkes» dient.

Doch der neoliberale Ökonom hat noch ein weiteres Argument, das gegen die angebliche Umverteilung durch den Staat zu sprechen scheint: «Die Natur des Menschen». Wörtlich schreibt er: «Die einfache Formel *<Ungleichheit gleich Ungerechtigkeit>* lässt sich politisch zwar leicht verkaufen, trägt aber der Natur des Menschen nicht Rechnung.» Mit dieser «einfachen Formel» macht Schiltknecht es sich wirklich zu einfach. Gerechtigkeit bedeutet ja gerade nicht, allen das Gleiche zu geben, sondern auf individuelle Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen und auch Leistungen nach ihrem Wert für die Gesellschaft zu honorieren.

Wenn Reichtum und Armut im gleichen Verhältnis zunehmen, wenn das Kapital Menschen entlässt, nur um die Gewinne zu maximieren, wenn es immer mehr working poor gibt, deren Löhne das soziale Existenzminimum nicht mehr gewährleisten,

dann fehlt es allerdings auch an Gerechtigkeit, dann erfolgt die Empörung, mit oder ohne «religiöse Verbrämung», nicht aus Egalitarismus, sondern aus Sorge um die *Menschenwürde*, auf welche die Armen ein Recht haben und die übrigens auch den Reichen abhanden kommt, wenn ihr Reichtum auf der Arbeitslosigkeit und Armut von immer mehr Menschen beruht. Gerechtigkeit ist nicht eine Frage des kapitalistischen Wachstums, sondern eine Frage des rechten Masses. Es sollte darum nicht nur ein Existenzminimum, sondern auch ein Existenzmaximum geben – und dazwischen einen breiten Raum für unterschiedlichste Lebensweisen.

Und wie steht es mit der «*Natur des Menschen*»? Reduziert sie sich auf den «homunculus oeconomicus», der nichts anderes als Gewinnmaximierung im Sinne hat, und dies auf Kosten der Mitmenschen, anderer Völker, der Nachkommen, der Natur usw.? Früher hiess es, der Sozialismus überfordere die Menschen, da er von ihnen mehr Solidarität verlange, als der menschlichen Natur entspreche. Heute, so scheint es, überfordert der Kapitalismus die Menschen, da sie so unsolidarisch nicht sind, wie sie sein müssten, um ihm freien Lauf zu lassen.

Aktuelle Erinnerung an Gottfried Kellers Millionen-Kerle

Kurt Schiltknecht röhmt den *Beitrag der BZ Gruppe* zur «Performance der Schweizer Börse, die alle andern übertrifft». Demgegenüber sei «das hysterische Einschiesen auch höchster Politiker auf das Verhalten der Partner der BZ Gruppe» nichts anderes «als Ausdruck äusserster Hilflosigkeit». Diese werde noch verstärkt «durch die langsam einsetzende Erkenntnis, dass die stillen Reserven unseres Landes weitgehend aufgezehrt sind und damit die Verantwortlichen in absehbarer Zeit zur Rechenschaft gezogen werden».

Man reibt sich die Augen: Da boomt die Börse, weil die Rahmenbedingungen des Staates so «dereguliert» sind, dass die Aktienwerte in dem Masse steigen, wie

Menschen entlassen werden. Da verarmt der Staat, weil er für Arbeitslosigkeit und Armut aufkommen muss, aber ja keine neuen Steuern erheben darf, schon gar keine Kapitalgewinnsteuer. Da diktiert das Finanzkapital der Politik, wo's lang geht, übernimmt aber für die leere, von ihm entleerte Staatskasse nicht die geringste Verantwortung. Doch wehe dem Staat, der nicht kapituliert. Schiltknecht zitiert das Wort eines «prominenten amerikanischen Politikers»: «The foundation of wealth is to get the government off your back.» Was auf gut deutsch heisst: Die Grundlage des Reichtums besteht darin, dass man sich der Regierung entledigt. Dafür werde er sich einsetzen, verspricht Schiltknecht seiner Klientel.

Und bist du nicht willig... Das heisst: «Die Mobilität des Kapitals ... wird häufig unterschätzt... Die Steuerbelastung in der Schweiz ist mittlerweile derart hoch, dass eine weitere Verschlechterung zu einem eigentlichen Exodus von Steuersubstrat führen wird.» Schiltknecht droht gar mit dem «*Zusammenbruch des Systems*». Daran schuld wäre natürlich nicht der Kapitalismus pur, sondern «die Schönschwätzerei von Entscheidungsträgern», die noch so naiv sind, an sozialer Marktwirtschaft und sozialem Frieden festzuhalten. Was, wenn nicht der «wilde Kapitalismus», unterläuft die Akzeptanz, die «das System» trägt und ohne die es mit Sicherheit zusammenbrechen müsste. Was, wenn nicht die Sozialpolitik, macht «das System» in Grenzen erträglich? Das dämmert wenigstens den aufgeklärteren Börsenmaklern, allen voran George Soros, der davor warnt, «dass das hemmungslose Verfolgen von Eigeninteressen, das nicht durch die Anerkennung von Gemeinschaftsinteressen gemildert wird», zum Ende des Kapitalismus führen könnte (Atlantic Monthly, Februar 1997).

Was in den neoliberalen Köpfen und immer mehr auch in der Wirklichkeit abläuft, ist eine «negative Dialektik der Deregulierung»: Indem die Politik dem Markt immer weniger Grenzen setzt, sondern ihn im Gegenteil «entgrenzt», «dereguliert», macht sie die Wirtschaft immer mächtiger – bis zu

dem Punkt, wo diese beginnt, nun ihrerseits der Politik Grenzen zu setzen, ihr Steuersenkungen und Sozialabbau aufzuerlegen, selbst die Demokratie zu «regulieren». Es wäre an der Zeit, die *Warnung Montesquieus* zu beherzigen, der vor 250 Jahren in «De l'esprit des lois» meinte, jeder Mensch, der Macht habe, sei versucht, sie zu missbrauchen. «Il va jusqu'à ce qu'il trouve des limites.» Wer der Wirtschaft keine Grenzen setzt, fördert diesen Machtmissbrauch, der schon in vollem Gange ist.

Gottfried Keller hat vorausgeahnt, was erst heute in seiner letzten Brutalität abläuft. Im «*Fähnlein der sieben Aufrechten*» schrieb er: «Glücklicherweise gibt es bei uns keine ungeheuer reichen Leute, der Wohlstand ist ziemlich verteilt; lass aber einmal Kerle mit vielen Millionen entstehen, die politische Herrschaft besitzen, und du wirst sehen, was die für einen Unfug treiben.» Und: «Es wird eine Zeit kommen, wo in unserem Lande, wie anderwärts, sich grosse Massen Geldes zusammenhängen, ohne auf tüchtige Weise erarbeitet und erspart worden zu sein; dann wird es gelten, dem Teufel die Zähne zu weisen; dann wird es sich zeigen, ob der Faden und die Farbe gut sind an unserem Fahnentuch!»

Nun, die «Kerle» sind jetzt da, ebenso die «grossen Massen Geldes», die nicht «auf tüchtige Weise» verdient wurden. Namen könnten genannt werden.

